

Erkenntnisse aus Ermittlungsverfahren gegen 52 Personen (1980 = 78, 1979 = 59) bestätigen wiederum, daß die Ständige Vertretung der BRD in der DDR ihre Befugnisse mißbraucht.

Es werden

DDR-Bürger in den Räumlichkeiten der Vertretung zu Gesprächen empfangen und z. T. postalisch zu Besuchen aufgefordert; über sie Akten angelegt und gezielte Informationserkundung über Ausreiseforderungen von DDR-Bürgern und Reaktionen staatlicher Organe der DDR hierauf betrieben, Schriftstücke mit z. T. diskriminierenden Inhalt gegen die DDR entgegengenommen;

eine Weiterleitung dieser Informationen an das Bundesministerium für "innerdeutsche Beziehungen" sowie andere Dienststellen zugesichert bzw. aufgefordert, über Verwandte/Bekannte in der BRD oder in Westberlin diese Verbindung aufzunehmen;

beim Verlassen der Ständigen Vertretung der BRD DDR-Bürger vor Kontrollen durch die Deutsche Volkspolizei gewarnt.

Darüber hinaus wurde in einem Ermittlungsverfahren erarbeitet, daß der Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR [REDACTED] zum spekulativen Gelderwerb einen umfangreichen Schmuggel insbesondere von hochwertigen Konsumgütern zwischen Westberlin und der DDR betreibt.

In Einzelfällen festgestellte Aktivitäten weiterer diplomatischer Vertretungen in der DDR bestanden darin, daß

die USA-Botschaft DDR-Bürger im Zusammenhang mit ihren Ausreiseforderungen an die Ständige Vertretung der BRD verwies;

die schwedische Botschaft Fürsprache bei Verhandlungen mit der DDR zusagte;

ein Mitarbeiter der österreichischen Botschaft "Anträge für Einwanderungsbewerber" zum Ausfüllen übergab und empfahl, entsprechende Anträge bei den Staatsorganen der DDR einzureichen und

Mitarbeiter der albanischen Botschaft in der DDR einem DDR-Bürger antisozialistisches Schriftmaterial übergaben.